

17/1993

Generalsekretär Peter Hintze:

Worauf es ankommt

Niemand soll sich täuschen: Der Rücktritt Björn Engholms ist nicht der Grund für die Krise der SPD. Er ist vielmehr ein Symptom, das deutlich macht, woran die deutsche Sozialdemokratie krankt.

Auf die Frage nach den Gründen für den Zustand der SPD gibt es zwei klare Antworten: es fehlt an überzeugenden Personen und an klaren Inhalten. Die SPD leidet an einer Doppelkrise: an einer Führungskrise ebenso wie an einer Orientierungskrise. Die Sozialdemokraten wissen nicht wohin, sie sind ziellos geworden. Und dieser Ziellosigkeit entspricht auch die Ratlosigkeit in der Führungsfrage. Nach der demokratischen Revolution, die den Sozialismus sowohl intellektuell als auch in all seinen real existierenden Formen als untauglich entlarvt hat, rotieren in den Parteizentralen der europäischen Sozialdemokraten die weltanschaulichen Kompassse. Hinzu kommt, daß schon lange vor 1989 alle Ziele der alten Arbeiterbewegung erreicht wurden —

(Fortsetzung auf Seite 2)

Öffentlichkeitsarbeit

Gesamtangebot 3/93: Die Informations- und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle (Stand: 19. 5. 1993) mit den neuesten Veröffentlichungen und Materialien auf einen Blick.
Rosa Teil

HEUTE AKTUELL

- **Sozialdemokraten**
„Probleme mit der Wirklichkeit“: Die SPD im Stimmungsloch. Seite 4
- **Steuerschätzung**
Konsolidierungspfad konsequent umsetzen und fortführen. Seite 5
- **Wettbewerb**
Finanzausschuß verabschiedet Standortsicherungsgesetz. Seite 8
- **Energie**
CDU/CSU-Bundestagsfraktion legt Leitlinien der Energiepolitik fest. Seite 30
- **Medien**
Gegen EG-Dirigismus im Pressebereich. Seite 33
- **Landesparteitag**
Aufbruchstimmung bei der Weser-CDU. Seite 36
- **Neue Bundesländer**
Positive Bilanz für den Aufbau Ost. Seite 38
- **Ideenbörse**
„Nachgefragt...“ — Eine neue Form des Dialogs mit den Bürgern. Seite 39

Peter Hintze: Die entscheidenden Fragen stellen und auch beantworten

(Fortsetzung von Seite 1)

nicht durch Klassenkampf, sondern durch die soziale Marktwirtschaft.

Bequeme Aussichten für die CDU, möchte man meinen. Aber so ist es nicht. Gewiß hat die CDU kein Interesse am Erfolg ihrer Konkurrenten. Aber eine desolote, führungslose, tief in ihre Personalquerelen verstrickte SPD ist für die Handlungsfähigkeit der Demokratie ein Problem.

Die SPD trägt nicht nur über die von ihr geführten Landesregierungen Verantwortung. Sie ist auch im Bundestag bei jeder Entscheidung gefordert, bei der verfassungsändernde Mehrheiten nötig sind — wie etwa beim Asylrecht oder bei den Fragen wirksamer Verbrechensbekämpfung.

Schon allzulange blockiert die Wirklichkeitsverweigerung der SPD tragfähige Lösungen. Es wäre fatal, wenn der nun voll entbrannte Machtkampf in der SPD die Phase der Realitätsresistenz verlängern würde: Im übrigen belegen Wahluntersuchungen, daß der Zulauf zu rechtsradikalen Parteien auch zu einem nicht unerheblichen Teil von enttäuschten SPD-Wählern gespeist wird.

Orientierung geben

Wer den Trend zur Wahlenthaltung oder zur Protestwahl, wer das Anwachsen radikaler Rattenfängerparteien stoppen oder gar umkehren will, der muß Antworten geben auf die Fragen nach Handlungskraft und Orientierung. In dieser kritischen Phase deutscher, europäischer und internationaler Politik erwarten die Men-

schen mehr denn je politische Führung. Gefragt sind glaubwürdige Personen, klare Programme und überzeugende Entscheidungen.

In der CDU ist die Führungsfrage überzeugend beantwortet: Mit Bundeskanzler Helmut Kohl verfügt die CDU über eine äußerst erfolgreiche, international angesehene und innerparteilich unumstrittene Führungspersönlichkeit.

Neue Antworten

Darüber hinaus arbeitet die CDU intensiv daran, neue Antworten auf neue Herausforderungen zu erarbeiten. Unsere Grundsatzprogrammdiskussion leistet dazu einen wichtigen Beitrag: Sie markiert den Weg in die Zukunft, sie beschreibt die Vision der CDU für eine freie und verantwortliche Gesellschaft. Dabei muß die CDU den Mut haben, Prioritäten zu setzen und in der Vielzahl der politischen Themen eine klare Ordnung zu schaffen.

Themen wie die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland und seiner Arbeitsplätze, der Kampf gegen die Kriminalität, die Solidität öffentlicher Haushalte stehen auf der politischen Tagesordnung ganz oben. Es sind die sogenannten „harten“ Themen — aber es sind die Themen, auf die es jetzt ankommt und die den Bürgern unter den Nägeln brennen. Wer das als Frage von links oder rechts mißverstehen würde, hätte die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Die taktischen Spielchen um linke Themen — rechte Themen, um eine Wendung der CDU in die eine oder andere Richtung sind Phantomdiskussionen aus der Vergangenheit;

Generalsekretär Peter Hintze:

Ablehnung kann nicht das letzte Wort sein

Die Ablehnung der parlamentarischen Versammlung des Europarats, Deutsch als dritte Amtssprache einzuführen, kann nicht das letzte Wort gewesen sein.

Deutsch ist die mit Abstand am meisten gesprochene Muttersprache in West- und Mitteleuropa. Gerade in den neuen Demokratien östlich von uns ist Deutsch sehr oft auch erste Fremdsprache.

Der Europarat hat durch das Zusammenwachsen von West und Ost die einmalige Chance, zu einer tragenden Säule des neuen Europas zu werden. Er braucht mutige Entscheidungen zur Gestaltung des Wandels. Das ausschließliche Beharren auf Englisch und Französisch ist altes Denken.

Es ist zu wünschen, daß diese Fehlentscheidung noch bis spätestens bis zum Europaratsgipfel im Oktober in Wien korrigiert wird.

vor dem Hintergrund völlig veränderter Koordinaten haben sie ihre Berechtigung verloren.

Ist die Frage nach der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands ein linkes Thema oder ein rechtes? Beschäftigt die organisierte Kriminalität in Deutschland nur konservative Wähler — oder nicht vielmehr alle, die sich Sorgen machen um ihre Sicherheit, einschließlich älterer Menschen, Frauen und junger Leute?

Links oder rechts von der CDU?

Unter den Wählern, die die CDU ansprechen will, kommt den aufstiegs- und leistungsorientierten Arbeitnehmerschichten eine besondere Bedeutung zu. Aber wie ist das mit einem Facharbeiter aus Halle oder einem Angestellten aus Hannover, der sich Gedanken über die weitere wirtschaftliche Entwicklung macht? Er hat vielleicht beim letzten Mal SPD gewählt und trägt sich diesmal mit dem Gedanken, für Rechtsradikale zu stimmen. Steht er nun links oder rechts von

der CDU? Die Frage ist müßig. Wichtig ist nur: Ihn und viele andere kann die CDU gewinnen, wenn sie sich denn die entscheidenden Fragen stellt und sie beantwortet.

Sicherheit und Stabilität

Wie schaffen wir Sicherheit und Stabilität in einer Zeit dramatischer Veränderungen? Wie gestalten wir den Wandel, statt ihn — wie die SPD — nur hilflos zu diagnostizieren? Wie sichern wir die Wirtschaftskraft unseres Landes — und damit Wohlstand, Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit? Wie beschleunigen wir den Aufschwung im Osten? Wie gestalten wir den Friedensbeitrag, den unser Land als verantwortlicher Teil der Staatengemeinschaft zu leisten hat? Und wie führen wir unser Land sicher durch internationale Krisen?

So lauten die Entscheidungsfragen des Jahres 1994. Wenn die CDU hier klar Position bezieht, wird ihr der Wahlerfolg nicht zu nehmen sein. ■

„Probleme mit der Wirklichkeit“:

Die SPD im Stimmungsloch

Die Doppelkrise der SPD beschäftigt mittlerweile nicht mehr nur die Bundesbürger. Schon kritisiert die internationale Presse den desolaten Zustand der SPD:

„Ohne Führungspersönlichkeit, ohne Projekt und ohne Einheit ist die SPD im Begriff, einen ebenso bemerkenswerten politischen Selbstmord zu begehen wie Frankreichs Sozialistische Partei. Mitten in der Krise tut die SPD alles, um bloß nicht die nächsten Bundestagswahlen zu gewinnen. Man hat den Eindruck, daß sie Angst vor der Realität der Tatsachen hat, daß sie letztlich lieber eine jammernde Opposition bleiben als eine handelnde Mehrheit werden möchte. Das von der SPD gebotene Schauspiel ist ebenso erbärmlich wie empörend.“ (Le Quotidien de Paris, 11. 5. 1993)

Die Doppelkrise der SPD schlägt sich auch in der Beurteilung der Bundesbürger über die Parteien nieder. Die wöchentliche Meinungsumfrage von EMNID im Auftrag von n-tv verdeutlicht, daß die SPD in ein tiefes Stimmungsloch gestürzt ist: „Die Wahlchancen für die SPD haben sich deutlich verschlechtert.“ (n-tv, 16. 5. 1993)

Stimmungswechsel

„Wir können feststellen, daß der Stimmungswechsel eingeleitet ist. Zum ersten Mal seit etwa einem Jahr werden der Union im Superwahljahr nunmehr bessere Chancen eingeräumt . . . Das liegt auch daran, daß derzeit vier von zehn

SPD-Wählern die Union plötzlich wieder vorne sehen. Und das zeigt, daß das Vertrauen selbst im eigenen Lager geschwunden ist. Denkbar schlechte Aussichten derzeit für die SPD.“ (Ebda.)

Union im Aufschwung

„Die Union befindet sich offensichtlich in einem Aufschwung. . . . Die CDU verbessert derzeit ihr Ansehen und damit auch ihre Wahlchancen, weil die SPD von Woche zu Woche noch tiefer in das Meinungsloch fällt.

Zum einen sehen wir die deutlich verbesserte Stimmung zugunsten der CDU, die ja offensichtlich in einem Stimmungsaufwind ist. Und das schlägt sich natürlich auch auf die einzelnen Teilbereiche durch.“ (Ebda.)

Zufriedenheit mit der Regierung

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch das ZDF-Politbarometer vom 14. 5. 1993: „Seit Februar hat sich die politische Stimmung für die Union um 8 Punkte verbessert, für die SPD um 8 Punkte verschlechtert. . . . Die Zufriedenheit mit der Regierung . . . hat sich gegenüber April ein weiteres Mal leicht verbessert . . . Die Zufriedenheit mit der Arbeit der SPD in der Opposition hat sich . . . verschlechtert.“

„Die deutschen Spitzenpolitiker haben in den vergangenen Wochen an Popularität fast durchweg gewonnen — ausgenommen Björn Engholm“. Im gesamten Bundesgebiet verbesserten sich Bundeskanzler Helmut Kohl, Finanzminister Theo Waigel, Fraktionschef Wolfgang Schäuble, Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth, Arbeitsminister Norbert Blüm und Ministerpräsident Kurt Biedenkopf. ■

Konsolidierungspfad konsequent umsetzen und fortführen

Zum Ergebnis der Steuerschätzung für die Jahre 1993 bis 1997 erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat während der abschließenden Beratungen zum Nachtragshaushalt 1993 die Steuereinnahmen für die Jahre 1993 bis 1997 auf der Grundlage einer aktuellen Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch die Bundesregierung geschätzt.

Die Schwäche der Weltkonjunktur hat seit Herbst letzten Jahres auch in der Bundesrepublik zu einer Rezession geführt. Aufgrund der ungünstigeren gesamtwirtschaftlichen Perspektive müssen nunmehr die Planansätze der Steuereinnahmen im Vergleich zu den Steuerschätzungen vom November 1992 bzw. Mai 1992 deutlich zurückgenommen werden.

Die den Beratungen zum Föderalen Konsolidierungsprogramm zugrundegelegten internen Plandaten haben dieser Entwicklung teilweise Rechnung getragen. Für 1993 ist durch diese interne Anpassung schon für den überwiegenden Teil der Mindereinnahmen Vorsorge getroffen.

Durch den nunmehr angenommenen Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergibt sich insbesondere für das Jahr 1994 gegenüber der Projektion vom letzten Mai eine größere Abweichung, die als Basiseffekt auch in den Folgejahren weiterwirkt.

Die Ergebnisse der Steuerschätzung führen in den Jahren 1993 und 1994 zu weiteren Steuermindereinnahmen in Höhe von — 5,3 Milliarden Mark bzw. — 25,8 Milliarden Mark. Davon entfallen auf den

Bund — 1,4 Milliarden Mark bzw. — 12,0 Milliarden Mark. Bei den Beratungen zum Föderalen Konsolidierungsprogramm waren für diese Jahre bereits Abschläge von — 7½ Milliarden Mark bzw. — 20 Milliarden Mark gegenüber den letzten Steuerschätzungen berücksichtigt worden.

Für die Jahre 1995 und 1996 ergeben sich bei den Steuereinnahmen insgesamt Abweichungen von — 32,7 Milliarden Mark bzw. — 40,7 Milliarden Mark gegenüber dem Föderalen Konsolidierungsprogramm. Hier waren bereits Abschläge von — 23½ Milliarden Mark bzw. — 26 Milliarden Mark in Rechnung gestellt worden. Eine Aufteilung auf Ebenen ist derzeit noch nicht möglich.

In der aktuellen wirtschaftlichen Situation ist es richtig, die konjunkturbedingten Mindereinnahmen durch öffentliche Defizite auszugleichen und damit von staatlicher Seite stabilisierend auf die Gesamtwirtschaft zu wirken. Allerdings zeigen die Ergebnisse der Steuerschätzung auch die dringende Notwendigkeit, den im Föderalen Konsolidierungsprogramm eingeschlagenen Konsolidierungspfad konsequent umzusetzen und fortzuführen, um die notwendige Rückführung des öffentlichen Defizits und der Staatsquote sicherzustellen. Dies gilt für alle öffentlichen Ebenen.

Hier sind insbesondere Länder und Gemeinden aufgefordert, ihren Teil zur Ausgabenbegrenzung beizutragen. Besitzstanddenken und Verteilungsstreit müssen überwunden werden, um die ökonomischen Voraussetzungen zur Bewältigung der anstehenden großen Probleme zu schaffen. ■

Das Asylrecht auf die wirklich Schutzbedürftigen beschränken

Der Deutsche Bundestag wird noch in diesem Monat über die Neuregelung des Asylrechts in 2. und 3. Lesung abschließend beraten. Drei Gesetzentwürfe liegen ihm zur Beschlußfassung vor

- der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16 und 18), BT-Drs. 12/4152,
- der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften, BT-Drs. 12/4450, und
- der Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber, BT-Drs. 12/4451.

Die drei aufeinander abgestimmten Entwürfe setzen den Asylkompromiß der Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD vom 6. Dezember des vergangenen Jahres um.

1. Durch die Novellierung des Grundrechts auf Asyl mit dem **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16 und 18)** wird verfassungsrechtlich die Möglichkeit geschaffen, einen Asylbewerber, der aus einem sicheren Drittstaat einreist, vom Asylverfahren auszuschließen. Wer über einen sicheren Drittstaat reist, kann dort Zuflucht finden und bedarf deshalb keines Schutzes in der Bundesrepublik Deutschland mehr.

Zugleich wird dem deutschen Gesetzgeber die Möglichkeit eröffnet, verfolgungsfreie Herkunftsländer zu bestimmen. Die gesetzliche Qualifizierung als sicherer Herkunftsstaat begründet eine widerlegbare Vermutung; der Ausländer kann geltend machen, entgegen der aus der gesetzlichen Bestimmung folgenden

Regelvermutung ausnahmsweise politisch verfolgt zu sein. Eine dahingehende Prüfung findet nur statt, wenn der Ausländer erhebliche Tatsachen substantiiert vorträgt.

Schließlich ermöglicht der neue Artikel 16 a GG Deutschland die gleichberechtigte Teilhabe an den europäischen Asylrechtsübereinkommen von Schengen und Dublin, indem er die verfassungsrechtliche Grundlage dafür schafft, Entscheidungen in Asylverfahren, die unsere europäischen Nachbarn getroffen haben, hier ohne neuerliche Prüfung anzuerkennen. Damit ist vermieden, daß Deutsch-

**Von Erwin Marschewski,
innenpolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion**

land — wie bisher wegen der Verpflichtung zu neuerlicher Prüfung — zum Reserve-Asylland Europas wird.

2. Mit dem **Gesetz zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften** wird im wesentlichen die vorstehend dargestellte Grundgesetzänderung im einfachen Recht umgesetzt.

Es werden die sicheren Drittstaaten festgelegt: Finnland, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz und die Tschechische Republik.

Als sichere Herkunftsstaaten werden genannt: Bulgarien, Gambia, Ghana, Polen, Rumänien, Senegal, Slowakische

Republik, Tschechische Republik und Ungarn.

Zugleich wird das Asylverfahrensrecht in weiteren Punkten novelliert, u. a.:

● Bestimmte Personen, wie Bewerber aus sicheren Drittstaaten und Bürgerkriegsflüchtlinge, die eine Aufenthaltsbefugnis nach dem neuen § 32 a Ausländergesetz besitzen, werden vom Asylverfahren ausgeschlossen.

● Für Ausländer aus sicheren Herkunftsstaaten und für Ausländer, die gröblich wesentliche Mitwirkungspflichten verletzen, gilt ein verkürztes Asylverfahren.

● Durch erweiterten Informationsaustausch zwischen öffentlichen Stellen (z. B. Sozialämtern und Ausländerbehörden) wird Mißbrauch vorgebeugt.

Auch wird die Möglichkeit geschaffen, die Anträge von Asylbewerbern, die über Flughäfen einreisen, vor der Einreise zu prüfen. Damit ist sichergestellt, daß sie bei Ablehnung ihres Antrags auf Kosten der Fluggesellschaft in das Abflugland zurückverbracht werden können.

3. Durch das Asylbewerberleistungsgesetz wird — zur Vermeidung von Leistungsmißbrauch — dem Prinzip der Sachleistung Vorrang eingeräumt gegenüber Geldleistungen, und es werden die Sozialhilfeleistungen für Asylbewerber gekürzt. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, daß die Sozialhilfe ein auf Dauer angelegtes existenziell gesichertes Leben in Deutschland ermöglichen will, während das Asylbewerberleistungsgesetz — im europäischen Vergleich immer noch beachtliche — Leistungen für einen befristeten Aufenthaltszeitraum in Deutschland gewährt. Ist über einen Asylantrag entschieden, erhält der anerkannte Asylantrag, der auf Dauer bei uns Schutz finden wird, wieder die höheren Leistungen des Bundessozialhilferechts. Die dargestellten Gesetze bilden die

Voraussichtlicher Fahrplan:

- 25. Mai: Beratung in der SPD-Bundestagsfraktion
- 26. Mai: 2. und 3. Lesung im Deutschen Bundestag
- 18. Juni: Verabschiedung im Bundesrat
- 1. Juli: Inkrafttreten des neuen Asylrechts

Grundlage, den Zustrom von Asylbewerbern nach Deutschland besser zu bewältigen. Wir werden nicht verhindern können, daß auch in Zukunft Hunderttausende unter Berufung auf Asyl um Schutz in Deutschland nachsuchen. Wir werden jedoch bessere Möglichkeiten haben, die wirklich Schutzbedürftigen zu trennen von der Vielzahl derer, die unser weiterhin großzügiges Asylrecht zu Einwanderungszwecken mißbrauchen wollen.

Letztlich erfolgreich werden die dargestellten gesetzlichen Maßnahmen aber nur sein können, wenn auch die organisatorischen und personellen Voraussetzungen bei Bund und Ländern geschaffen sind, um der Migrationsprobleme Herr zu werden.

Dazu gehören die auf Bundesebene eingeleiteten Maßnahmen zur Verstärkung des Personals bei dem für die Bearbeitung von Asylanträgen zuständigen Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (es hat 1993 10 mal so viele Personalstellen wie noch 5 Jahre zuvor) und eine verbesserte Sicherung unserer Außengrenzen.

Dazu gehört aber auch, daß die Länder in ausreichendem Umfang Asylrichter einstellen, damit gerichtliche Verfahren in Asylsachen kurzfristig abgeschlossen werden können (rund 500 zusätzliche Richter sind nötig). Zudem sind die Länder gefordert, Kapazitäten vorzuhalten, um abgelehnte Asylbewerber konsequent abschieben zu können. ■

Finanzausschuß verabschiedet Standortsicherungsgesetz

Zur abschließenden Beratung des Standortsicherungsgesetzes am 13. Mai im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages erklärten die finanzpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und der FDP, Hansgeorg Hauser und Hermann Rind:

Das Standortsicherungsgesetz markiert einen wichtigen Schritt zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, der Sicherung der Attraktivität Deutschlands als Wirtschaftsstandort und zur Schaffung und den Erhalt produktiver Arbeitsplätze.

Angesichts des zunehmenden internationalen Wettbewerbs der Volkswirtschaften, vor allem im Hinblick auf die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes, ist es besonders wichtig, die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze zu verbessern. Vordringlich ist dabei, die im internationalen Vergleich zu hohen deutschen Ertragsteuersätze zu senken, da gerade die Steuersätze eine wichtige Signalfunktion für Investitionsentscheidungen haben.

Auch wenn sich angesichts der angespannten Haushaltslage die Reformmaßnahmen auf eine aufkommensneutrale Strukturverbesserung beschränken müssen, haben Bundesregierung und Koalition damit ihre finanzpolitische Handlungsfähigkeit auch unter schwierigen Bedingungen erneut unter Beweis gestellt.

Das Standortsicherungsgesetz kann nur ein — wenn auch wichtiger — Schritt zu einer weiteren Fortführung der Unterneh-

menssteuerreform sein. Durch strikteste Haushalts- und Ausgabenpolitik müssen wir schnellstmöglich die finanziellen Spielräume für weitere Verbesserungen der steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze schaffen, wenn wir im internationalen Wettbewerb nicht abgehängt werden wollen.

Zu den wichtigen Regelungen im Standortsicherungsgesetz gehören:

Körperschaftsteuer

- Senkung des Steuersatzes für thesaurierte Gewinne von 50 Prozent auf 44 Prozent und für ausgeschüttete Gewinne von 36 Prozent auf 30 Prozent;
- Neuregelung der Gesellschafterfremdfinanzierung;
- Anrechnung ausländischer Körperschaftsteuer bei der weiteren Ausschüttung von Auslandserträgen durch deutsche Kapitalgesellschaften;
- Beseitigung der Nachteile inländischer Holdinggesellschaften;
- Vereinfachung des Körperschaftsteueranrechnungsverfahrens, insbesondere bei der Eigenkapitalgliederung;
- Einschränkung der steuerlichen Anerkennung von Verlusten der ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, in denen keine Reinvestition für wohnungswirtschaftliche Zwecke erfolgt.

Einkommensteuer

- Begrenzung des Höchststeuersatzes für gewerbliche Einkünfte auf 44 Prozent;
- Einführung einer eigenkapitalschonenden Ansparabschreibung für kleine und mittlere Betriebe einschließlich der freien Berufe;

- Steuerfreiheit der Arbeitgeberzuschüsse für Fahrten des Arbeitnehmers zwischen Wohnung und Arbeitsstätte (Job-Ticket);
- Einführung eines Wahlrechts zwischen Verlustrücktrag und Verlustvortrag;
- Verlängerung der Sonderabschreibungen für Schiffe und Luftfahrzeuge;
- Einschränkung von mißbräuchlichen Gestaltungen beim Handel mit Körperschaftsteuerguthaben (Dividenden-Striping);
- Senkung der degressiven AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter von 30 Prozent auf 25 Prozent;
- Senkung der degressiven AfA für Betriebsgebäude von 10 Prozent auf sieben Prozent.

Fördergebietsgesetz

- Verlängerung der Nichterhebung von Gewerbesteuer und Vermögen-

steuer in den neuen Ländern bis Ende 1995;

- Verlängerung der Sonderabschreibungen für Wirtschaftsgüter des Betriebs- und Privatvermögens um 2 Jahre bis Ende 1996;
- Einbeziehung von Wohngebäuden des Privatvermögens im ehemaligen Westberlin in die Verlängerung der Sonderabschreibungen;
- Ausdehnung der Sonderabschreibungen für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen an Gebäuden im Rahmen von Erwerberrgemeinschaften.

Erbschaftsteuergesetz

- Einführung eines Freibetrages für Betriebsvermögen von 500.000 DM pro Betrieb;
- Einführung eines Bewertungsabschlags in Höhe von 25 Prozent beim übersteigenden Betriebsvermögen.

Aus dem Bildungsangebot der Adenauer-Stiftung

Beiträge zur politischen Bildung zählen zu den Hauptaufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ihre Fachtagungen sind ein Teil davon. Es handelt sich dabei um „berufs- und fachbezogene Fortbildungsveranstaltungen“, in deren Verlauf Experten mit den Gästen der Stiftung über „den Stand unserer gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen“ zu diskutieren pflegen.

Thema, Termin und Zielgruppe einer der nächsten Fachtagungen:

„Geborgenheit in einem stabilen sozialen Umfeld“ – Der gesellschaftliche

Stellenwert von Arbeit und Arbeitsplatzsicherheit in Deutschland und Europa

16. 6. bis 18. 6. 1993 (VA Nr. 131)

Zur Teilnahme eingeladen sind: Leiterinnen und Leiter von Arbeitsämtern. Die Veranstaltung findet in Schloß Eichholz bei Bonn statt.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 131
W-5047 Wesseling
(Neue Postleitzahl: 50387)**

Positiver Beitrag zum notwendigen Umbau unseres Sozialstaates

Die seit dem Jahreswechsel gemeinsam mit dem Bundesarbeitsminister diskutierten und zwischenzeitlich in der Praxis angelaufenen Maßnahmen zum Abbau illegaler Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer sowie zur nachhaltigen Mißbrauchsbekämpfung werden ausdrücklich begrüßt.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales haben einen unter meiner Leitung durch eine spezielle Arbeitsgruppe erarbeiteten Maßnahmenkatalog zur Mißbrauchsbekämpfung am 6. Mai 1993 in der Bundesanstalt für Arbeit (BA) in Nürnberg diskutiert.

Die Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit haben die Vorschläge im einzelnen grundsätzlich positiv beurteilt und als Unterstützung ihrer Arbeit verstanden. In der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 11. Mai 1993 wurden die einzelnen Vorschläge auch durch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ausdrücklich positiv aufgenommen und von der Gesamtfraktion einstimmig verabschiedet.

Kein Sozialabbau

Es ist kein Sozialabbau, sondern vielmehr wird das Ziel verfolgt, durch intensive Mißbrauchsbekämpfung und realistische Lösungen bei der in der jüngsten Vergangenheit sprunghaft angestiegenen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer — legale und illegale — einen positiven Beitrag zum notwendigen Umbau unseres Sozialstaates zu leisten. Möglichen Wettbewerbsverzerrungen durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) ist durch Einführung einer Höchstver-

CDU/CSU-Fraktion

beschließt Maßnahmen

gegen Leistungsmißbrauch.

dienstgrenze und realistischer Bezahlung, orientiert an der tatsächlich geleisteten Arbeit, entgegenzuwirken. Damit können auch wichtige Voraussetzungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland geschaffen werden.

Das größte Problem bei der Ausländerbeschäftigung stellen die sogenannten

Von Julius Louven, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Werkverträge“ dar, insbesondere im Baubereich. Über die kontinuierliche Reduzierung der Beschäftigtenzahl seit Oktober 1992 von 116.000 auf jetzt 86.000 (entspricht 25%iger Abnahme) hinaus soll durch die Einführung einer sogenannten Mittelstandsklausel in Abhängigkeit der Beschäftigtenzahl den besonderen Belangen der Klein- und Mittelbetriebe entsprochen werden. Die Wettbewerbssituation der kleinen und mittleren Betriebe gegenüber den Großbetrieben speziell in der Baubranche wird durch eine stärkere Beteiligung des Mittelstandes an der Werkvertragsbeschäftigung entscheidend verbessert.

Hierzu soll die Zahl der zuzulassenden Werkvertragsarbeitnehmer nach einem von der Personalstärke des deutschen Unternehmens abhängigen Prozentsatz bestimmt werden.

Auch mit der Einschränkung der Saisonarbeit auf die saisontypischen Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Hotel- und Gaststättengewerbe sowie Schaustellergewerbe wird vorrangig auf die Vermittlung Deutscher in Arbeit abgezielt. Nur durch intensivere und effizientere Kontrolle ist der Leistungsmissbrauch nachhaltig einzuschränken. Hierzu enthält der Beschluß der Gesamtfraktion folgendes Maßnahmenpaket:

- Wirtschaftsprüfungsunternehmen sollen im Auftrag der BA Prüfungen betrieblicher Unterlagen durchführen, um abschätzen zu können, ob der Umsatz durch illegale Beschäftigung erzielt wurde. Auch das Finanzamt soll einschlägige Daten, wenn der Personaleinsatz — gemessen am Umsatz — ein Mißverhältnis aufweist, direkt an die BA weiterleiten.

- Nur durch verstärkte Kontrollen können Scheinarbeitsverhältnisse, die zum Zweck des Erwerbs von Arbeitslosengeldansprüchen gegründet wurden, aufgedeckt werden. Die damit verbundene ungerechtfertigte finanzielle Belastung der Arbeitslosenversicherung würde so vermieden. Ähnliche Anstrengungen sind auch bei Mißbrauch von Kurzarbeitergeld erforderlich.

Sozialversicherungsausweis

- Mit der Einführung des Sozialversicherungsausweises hat die Bundesregierung ein wirkungsvolles Instrument zur Mißbrauchsbekämpfung auch bei der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung geschaffen. Dieses Instrument sollte weiterentwickelt und beispielsweise durch Kennung der Erst- bzw. Mehrfachausstellung in seiner Wirksamkeit verbessert werden. Dies wird bei Razzien vor Ort für die Polizei oder das Arbeitsamt

die Begründung eines Anfangsverdachtes auf Leistungsmissbrauch erheblich erleichtern.

- Ein offenkundiges und unter anderem auch wirtschaftlich unerträgliches Problem stellt der hohe Krankenstand dar. Der Medizinische Dienst der gesetzlichen Krankenversicherung muß deshalb verstärkt Kontrollen der Arbeitsunfähigkeit durchführen, um mißbräuchliche Ausnutzung zu verhindern. Aber auch die Frage der Haftung durch Ärzte bei der Ausstellung von Gefälligkeitsattesten ist neu zu regeln. Hier könnten die positiven Erfahrungen beim Ordnungsverhalten der Ärzte aufgrund der Änderungen durch das Gesundheitsstrukturgesetz die Richtung weisen.

Verwaltungsvereinfachung

- Mittels Verwaltungsvereinfachung und gesetzlicher Änderungen kann darüber hinaus die Arbeit der BA entscheidend unterstützt und können vermehrt Deutsche in Arbeit vermittelt werden: Dies ist zu erreichen unter anderem durch eine einheitliche Sperrzeit von 12 Wochen — in dieser Zeit zahlt das Arbeitsamt keine Leistungen — unabhängig davon, ob der Arbeitslose selbst gekündigt oder ein Vermittlungsangebot des Arbeitsamtes abgelehnt hat. Auch mit der Beweislastvereinfachung für den Arbeitgeber mittels eines Zeugen im Falle der Ablehnung eines vom Arbeitsamt vermittelten Bewerbers soll erreicht werden, arbeitsunwillige Bewerber vom Leistungsbezug ausschließen zu können.

- Schließlich muß das unzeitgemäße Verbot der Arbeitnehmerüberlassung in der Bauwirtschaft aufgehoben werden, da Mißbrauch aufgrund der Mitführungspflicht des Sozialversicherungsausweises leicht feststellbar ist.

- Die Zunahme der mißbräuchlichen

Scheinselbständigkeit als „moderner Beschäftigungsform“ muß die Bundesregierung schon wegen der daraus resultierenden Mindereinnahmen in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung nachhaltig bekämpfen.

● Vor dem Hintergrund, daß zunehmende Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer auf der einen Seite nicht beklagt werden kann, wenn andererseits insbesondere deutsche Arbeitslose konkret angebotene Arbeitsstellen, z. B. unter Hinweis auf höhere Fahrzeiten für den Weg zur Arbeitsstelle oder als der eigenen beruflichen Qualifikation als nicht entsprechend (weil geringerwertig), ablehnen, sind die Einzelregelungen, wann dem Arbeitslosen eine Arbeit zugemutet werden kann, zu vereinfachen.

Schnelle Umsetzung

Für die rasche Umsetzung in die Praxis wird sich die Fraktion mit Nachdruck einsetzen. In gleicher Weise soll auch dem unerträglichen Steuermißbrauch entgegengewirkt werden. Hier sind die zuständigen Länderfinanzverwaltungen zum Handeln aufgefordert.

Schnellumfrage zur Sozialhilfe

In den neuen Bundesländern beziehen nach wie vor deutlich weniger Menschen Sozialhilfe als im früheren Bundesgebiet.

Ende 1992 nahmen durchschnittlich 22 von 1.000 Einwohnern laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in Anspruch. In den alten Bundesländern bezogen am Jahresende 1991 dagegen 29 von 1.000 Menschen Sozialhilfe für ihren täglichen Lebensunterhalt.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Sozialhilfebezug in den neuen Ländern allerdings gestiegen; und zwar um rund 39 Prozent bei der Hilfe zum Lebensunterhalt.

Das ergab eine Schnellumfrage bei den Trägern der Sozialhilfe, die das Statistische Bundesamt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie und Senioren und in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erstmals in den neuen Bundesländern vornahm.

CDU Thüringen diskutiert Grundsatzprogramm

Das erste Grundsatzforum zur Diskussion des Grundsatzprogramm-Entwurfs veranstaltet die CDU Thüringen am Mittwoch, dem 9. Juni, um 16.00 Uhr im Volkshaus, Friedrich-Ebert-Straße, O-5300 Weimar.

Unter Leitung des Vorsitzenden der Thüringer Grundsatzkommission, Kultusminister Dieter Althaus, wird die Bildungspolitik im Mittelpunkt dieser Auftaktveranstaltung stehen.

Als Referenten haben unter anderem der Direktor des pädagogisch-theologischen Zentrums der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, Dr. Wilhelm Epting, und der Leiter des Katholischen Büros Erfurt, Winfried Weinrich, ihre Teilnahme zugesagt.

Daneben werden ein Schülersprecher, ein Vertreter der Lehrerverbände und ein Vertreter des Arbeitgeberverbandes ihre bildungspolitischen Positionen vertreten.

RCDS stellt Ergebnisse der „Prüf den Prof!“-Aktion vor

Defizite bei der Verwendung von Begleitmaterialien in Vorlesungen

„Die Qualität der Hochschullehre ist allenfalls mittelmäßig“, dieses Fazit zog die Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Tamara Zieschang, bei der Vorstellung der Ergebnisse der im Wintersemester 1992/93 durchgeführten „Prüf den Prof!“-Aktion.

Im Gegensatz zu vergleichbaren Umfragen seien erstmals über 26.000 Studenten um ihr Urteil gebeten worden. Der RCDS habe Studenten der Fachbereiche Geisteswissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Jura, Medizin und Wirtschaftswissenschaften befragt. Die Qualität der Lehre in den einzelnen Fachbereichen sei mit Noten zwischen 2,5 und 2,9 (auf einer Skala von 1 bis 5) bewertet worden.

Bundesweit seien bei der „Prüf den Prof!“-Aktion des RCDS 496 Professoren auf den Prüfstand gestellt worden. Bei den einzelnen Professoren schwanke die Bewertung der Lehrleistungen zwischen den Noten 1,62 und 3,97. Die breite Spannweite des studentischen Urteils zeige, daß Studenten ihre Professoren sehr differenziert bewerten. „Gute Lehrleistungen werden honoriert“, betonte die Bundesvorsitzende, während Studenten bei schlechten Lehrleistungen nicht an Kritik sparen würden.

Der Schwerpunkt der Befragung habe auf 18 Fragen zur Lehrqualität der Professoren gelegen. Insgesamt sähen alle befragten Studenten die wesentlichen Schwachpunkte in der Anleitung zum Selbststudium (Note 3,11), der Betreuung außerhalb der Vorlesung (Note 3,24) und in

Verständniskontrollen durch den Dozenten (Note 3,25). Sei die Strukturierung und Gliederung der Vorlesung (Note 2,36) von allen Studenten als positiv eingeschätzt worden, so beständen bei der Verwendung von Begleitmaterialien und der Einbeziehung von Studenten in die Vorlesung noch Defizite. „Hier besteht Verbesserungs- und damit Handlungsbedarf“, so Tamara Zieschang.

Deshalb fordere der RCDS, daß

- studentische Veranstaltungskritiken und Lehrberichte der Fachbereiche in regelmäßigen Abständen durchgeführt bzw. vorgelegt werden,
- bei der Berufung von Professoren das Engagement in der Lehre das gleiche Gewicht wie die Forschungsleistungen erhalte,
- die Qualität der Hochschullehre zum Kriterium für die Mittelvergabe an einzelne Lehrstühle werde,
- die Lehrqualität zur Maßgabe für die Freistellung und Beurlaubung von Professoren werde.

Professorenschelte liege dem RCDS fern. Aber wer sich für die Lehre engagiere, der müsse auch belohnt werden. An Professoren, die mit der Zeit gehen, d. h. an die jeweils am besten bewerteten Professoren eines Fachbereiches pro Hochschule verleihe der RCDS als symbolischen Preis eine Uhr mit der Aufschrift: „Heute gelehrt, morgen geehrt!“ Die Preise seien von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gestiftet worden. ■

CDU/CSU-Bundestagsfraktion legt Leitlinien der Energiepolitik fest

Zu den Ergebnissen einer Fraktions-sondersitzung am 13. Mai erklärte der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinz Seesing:

Bei den Beratungen über „Energiepolitik für den Standort Deutschland“ ist allen bewußt geworden, daß nun wichtige Entscheidungen gefällt werden müssen, um eine wirtschaftliche und umweltgerechte Energieversorgung sicherzustellen. Die Leitlinien der CDU/CSU-Fraktion sind von allen Beteiligten bejaht worden.

Schwerpunkt der Leitlinien ist die Bemühung um den Energiemix für Deutschland. Dazu sagt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Nutzung der Kernenergie ist unverzichtbar, sowohl aus ökonomischen als auch aus ökologischen Gründen. Die bestehenden deutschen Kernkraftwerke müssen für die technisch vorgesehene Betriebszeit genutzt werden. Das bedeutet, daß für jedes vorhandene KKW eine Laufzeit fest vereinbart wird. Die Errichtung neuer Kernkraftwerke ist zuzulassen, wenn

- diese so sicher sind, daß auch bei einem unterstellten auslegungüberschreitenden Ereignis keine Auswirkungen in der Umgebung auftreten, die Katastrophenschutzmaßnahmen erfordern würden
- eine Brennstoffversorgung und -entsorgung vorhanden ist, die militärische Mißbrauchsmöglichkeiten wirksam verhindert
- durch geeignete Entsorgungstechnologien die bei der Kernenergienutzung ent-

stehenden Spaltprodukte sicher vor der Biosphäre abgeschlossen werden.

Zur verantwortlichen Nutzung der Kernenergie gehört unabdingbar die Entsorgung radioaktiver Abfälle. Die Entscheidung über die Wahl des Entsorgungsweges soll dabei im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben in der Verantwortung der Kernkraftwerksbetreiber liegen.

Die CDU/CSU-Fraktion hält folgende Lösungen für denkbar:

Neben dem Integrierten Entsorgungskonzept mit Wiederaufbereitung und Endlagerung soll auch die direkte Endlagerung als Entsorgungsnachweis im Atomgesetz zugelassen werden. Das Endlager Konrad muß errichtet werden, der Betrieb des Endlagers Morsleben ohne politische Behinderungen weitergeführt und die

Die Nutzung der Kernenergie ist unverzichtbar, aus ökonomischen wie aus ökologischen Gründen.

Erkundung eines Endlagers im Salzstock Gorleben mit dem Ziel der Einrichtung abgeschlossen werden.

Wir verlangen die Fertigstellung und Inbetriebnahme der im Bau befindlichen Fertigungsanlage für MOX-Brennelemente in Hanau. Der Betrieb der vorhandenen Anlage ist so lange als notwendig zu sichern. Auch in Zukunft wird die deutsche Steinkohle einen angemessenen Platz in der Energieversorgung Deutschlands einnehmen. Durch die aktuelle Entwicklung in der Stahlindustrie wird die schon in der Kohlerunde vom 11. November 1991 vereinbarte Rückführung beschleunigt. Eine weitere Kosten-

optimierung ist unabdingbar. Dennoch muß die inländische Kohlenförderung erhalten bleiben, wenn auch auf niedrigem Niveau.

Dazu dürfte eine Konzentration der Steinkohlenförderung auf die kostengünstigsten Betriebe erforderlich werden. Es sind mittelfristig alle Möglichkeiten des schrittweisen Abbaus der Kohlehilfen zu nutzen. Dabei scheidet eine Erhöhung des Kohlepennigs für 1994 und 1995 aus konjunkturpolitischen Gründen aus. Der Kohlepennig ist ab 1996 durch andere Finanzierungsinstrumente abzulösen.

Die Braunkohle ist durch das Ereignis der Deutschen Einheit zum wichtigsten deutschen Energieträger geworden. Sie wird auch in Zukunft in der Stromversorgung, besonders im Grundlastbereich, eine herausragende Rolle spielen.

Dazu fordert die CDU/CSU-Fraktion:

- die Gewährleistung einer jährlichen Fördermenge in beiden ostdeutschen Revieren von mindestens 100 bis 110 Mio t.

- Stromlieferungen nach Berlin und Westdeutschland unter Beachtung der Wettbewerbsbedingungen aus nicht subventionierter Braunkohle im Grundlastbereich anstelle des geplanten Neubaus von Steinkohlekraftwerken auf Importkohlebasis

- sofortigen Neubau von mindestens vier Blöcken à 800 MW in der Lausitz und zwei gleichen Blöcken im mitteldeutschen Revier.

Das nationale Ziel der CO₂-Minderung ist nur durch Energieeinsparung, verbesserte Energieausnutzung und Ersatz fossiler Brennstoffe zu erreichen. Dazu hat die CDU/CSU-Fraktion in ihren Leitlinien einen umfangreichen Maßnahmenkatalog angeboten.

Im europäischen Energie-Binnenmarkt muß der Wettbewerb in der Strom- und Gasversorgung nachhaltig belebt werden. Dazu müssen alle staatlichen Regelungen überprüft werden, die den Beteiligten Monopolsituationen sichern oder auf Wettbewerb angelegte Investitionen erschweren.

JU-Seminare für neugewählte Kreisvorsitzende und Kreisgeschäftsführer

Die Junge Union Deutschlands wird in diesem Jahr zum ersten Mal zwei Seminare speziell für neugewählte Kreisvorsitzende und Kreisgeschäftsführer der Jungen Union durchführen.

Im Mittelpunkt dieser Wochenenden stehen die Präsentation der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle. Sie soll einen umfassenden Einblick in die Organisation und die Aufgabengebiete der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben und die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesverband und den Kreisverbänden stärken.

Das erste Seminar findet vom 27. bis 29. August 1993 in Bonn-Bad Godesberg in der Karl-Arnold-Bildungsstätte statt. Das zweite Seminar vom 15. bis 17. Oktober.

Die Teilnehmerzahl wird voraussichtlich 25 Personen umfassen. Die Teilnehmer sind während der Tagung Gäste der Jungen Union. Die Fahrtkosten können nicht erstattet werden.

Anmeldungen und weitere Auskünfte:

Junge Union Deutschlands
Annaberger Straße 283
5300 Bonn 2

Neue Wache in Berlin:

Zentrale Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft

Mit der Errichtung einer Zentralen Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft in der Hauptstadt des geeinten Deutschland setzt die Bundesrepublik ein Zeichen. Die deutsche Geschichte dieses Jahrhunderts ist in verhängnisvoller Weise mit zwei Weltkriegen und mit zwei Diktaturen verbunden. Es ist daher richtig, wenn zu den ersten Hauptstadtbauten in Berlin eine Gedenkstätte gehört, die sagt, daß die Deutschen der Erinnerung an diese Geschehnisse nicht ausweichen.

Die von Karl Friedrich Schinkel 1817/18 in Berlin erbaute Neue Wache gehört zum weiteren Umkreis jenes Ensembles politischer Bauten, die die Kernbereiche, aus denen heraus Menschen in einer Nation und einem Staat leben, ausmachen. In Berlin symbolisiert bzw. symbolisierte das Ensemble von Schloß, Dom, Museum, Zeughaus diese Einheit des Lebens einer Nation. Im weiteren Umkreis schlossen sich die Universität, die Staatsbibliothek, Oper und Schauspielhaus und schließlich auch die Neue Wache an, die in der Weimarer Zeit 1930/31 zur Gedenkstätte für die Toten des ersten Weltkriegs umgeformt wurde. Es erscheint sinnvoll, eine solche Aussage durch Kulturbauten gerade auch für unsere Zeit sichtbar werden zu lassen, in der das Verständnis für das, was eine Nation den zu ihr gehörenden Menschen gibt, so sehr geschwunden ist. Es trifft sicherlich zu, wenn gesagt wird, daß das Grauen des Massensterbens, der Vertreibungen und des Massenmords eigentlich

jeden Versuch einer Darstellung im Keim erstickt. Dennoch herrscht Einigkeit darüber, daß wir, das deutsche Volk, einen Ort des Gedächtnisses brauchen, denn nur wer sich erinnert, ist fähig, die Zukunft verantwortungsvoll zu gestalten. Einigkeit herrscht auch darin, daß die Gestaltung, die der Architekt Tessenow dieser zentralen Gedenkstätte in der Neuen Wache gab, weitgehend wiederhergestellt werden soll. Streit erhob sich wegen des Vorhabens, eine Skulptur der Käthe Kollwitz zu vergrößern und zum Mittelpunkt der Gedenkstätte zu machen. Käthe Kollwitz, in Königsberg geboren, gestorben in Moritzburg bei Dresden kurz vor Kriegsende 1945. Mutter eines im ersten Weltkrieg gefallenen Sohnes,

Von Roswitha Wisniewski

als Künstlerin von den Nationalsozialisten verfehmt, erinnert allein schon durch ihre Lebensdaten an Schicksale vieler Menschen unseres Volkes. Der Rang ihres künstlerischen Werkes ist unbestritten.

Um die Gestaltung des Themas „Tod“ hat sie besonders und in immer neuen Ansätzen gerungen. Daraus ging auch die Skulptur „Mutter mit totem Sohn“ hervor. Natürlich ist diese Skulptur Ausdruck einer bestimmten Zeit, und natürlich ist sie auf ein bestimmtes Geschehen, den ersten Weltkrieg, bezogen. Aber wie alle wirkliche Kunst ist sie überzeitlich und in ihrer Aussage für Menschen aller Sprachen und Kulturen verständlich. Ein

Gegen EG-Dirigismus im Pressebereich

Der Bundesausschuß Medienpolitik der CDU hat sich auf seiner letzten Sitzung mit medienpolitischen Entwicklungen auf europäischer Ebene befaßt. Dazu erklärte der Vorsitzende des Bundesausschusses Medienpolitik, der Parlamentarische Staatssekretär Bernd Neumann:

Die technische Entwicklung und die rapide Vermehrung der Programmbieter konfrontiert die Medienpolitik zunehmend mit der Frage des grenzüberschreitenden Fernsehens. Es darf sich nicht im rechtsfreien Raum abspielen. Nach Auffassung der CDU sind die Medien nicht nur eine wirtschaftliche Dienstleistung, sondern sie sind auch Kulturgut.

In allen europäischen Staaten ist eine starke Zunahme von Fernsehprogrammen zu beobachten, in denen Gewalttätigkeiten dargestellt werden. Dieser Entwicklung muß Einhalt geboten werden. Deshalb fordert die CDU die EG-Kommission auf, die Fernsehrichtlinie im Hinblick auf die notwen-

dige Eindämmung der Gewalt im Fernsehen anzupassen und auf die EG-Mitgliedsstaaten einzuwirken, um zu einer koordinierten Anwendung der nationalen Bestimmungen zum Jugendschutz zu gelangen.

Die CDU lehnt geplante bzw. diskutierte dirigistische Maßnahmen der EG im Hinblick auf Werbung und Zeitungsverlage ab. Das gilt für Werbeverbote in Zeitungen und Zeitschriften, für Bestrebungen zur Kontrolle der Verlage wie für den Versuch, den vom Grundgesetz verbürgten deutschen Tendenzschutz mit Hilfe von europäischen Regelungen zur Mitbestimmung zu beseitigen.

Der deutsche Tendenzschutz, also die Freiheit des Verlegers, die Linie seines Publikationsorgans selbst zu bestimmen, hat seinen guten Sinn. Er ergibt sich aus dem Schutz des Eigentums und der Meinungsfreiheit und hat daher Verfassungsrang. Er darf nicht durch europäische Regelungen zur Mitbestimmung zur Disposition gestellt werden!

unmittelbar ansprechendes, allen verständliches Kunstwerk, wie es diese Skulptur von Käthe Kollwitz ist, vermag die notwendige Trauerarbeit der deutschen Nation und die notwendige geistige Wiedergutmachung immer erneut herauszufordern.

Käthe Kollwitz hat ihre Skulptur nicht religiös verstanden („Sie ist eine alte einsame und dunkel nachsinnende Frau“), aber als „eine Art Pieta“ bezeichnet. Christen werden sich an die bekannten Pieta-Darstellungen erinnert fühlen, Juden vielleicht an die Makkabäerin denken, die

ihre im Martyrium vor ihr gestorbenen Söhne beklagt.

Darf die nur in kleinem Format erhaltene Skulptur vergrößert werden? Käthe Kollwitz hat „sehr gern“ ihre Einwilligung dazu gegeben, daß 1944 eine nahezu lebensgroße Fassung der Skulptur „Mutter mit totem Sohn“ als Grabmal für einen Gefallenen hergestellt wurde. Obwohl diese Fassung nicht gut gelungen ist — was zu Lasten des damals beauftragten Bildhauer geht — wird daraus deutlich, daß die Vergrößerung in ihrem Sinne ist. ■

„Frau und Politik“ in neuem Outfit

Mit modernisiertem Layout, neuer Struktur, thematischer Straffung und der Konzentration auf ein politisches Thema erscheint seit Beginn des Jahres „Frau und Politik“, die Zeitschrift der Frauen-Union.

Um „Frau und Politik“ in diesem neuen Gewand möglichst vielen politisch interessierten Frauen (aber auch Männern) vorzustellen, hat die Redaktion der Zeitschrift eine Werbeaktion gestartet — mit

- **einem Poster** (DIN A 1) „Frau und Politik“ ist kein Gegensatz, sondern eine Zeitung
- **Bestellkarten** in gleicher Ausführung und

- **der neuesten Ausgabe** der Zeitschrift der Frauen-Union „Frau und Politik“ (Nr. 2).

Alle Ausgaben von „Frau und Politik“ enthalten leicht heraustrennbare Bestellkarten.

Die Grundausrüstung der Werbeaktion enthält

- **5 Poster,**
- **50 Postkarten und**
- **20 Exemplare „Frau und Politik“**

und ist **kostenlos** zu beziehen bei der:

Union-Betriebs-GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
5300 Bonn 1

Frau und Politik

! ist kein Gegen-
 ! sondern ein



„Wir strampeln für Deutschland“

628 km von Bonn am Rhein nach Schönebeck an der Elbe in Sachsen-Anhalt radelte der CDU-Bundestagsabgeordnete Hartmut Büttner (41). Mit seiner Aktion wollte Büttner ein Zeichen setzen, um einem erneuten Auseinanderdriften der Menschen in Ost und West entgegenzutreten.

Gemeinsam mit dem Magdeburger CDU-Bürgermeister Dieter Steinecke, einem Journalisten der Magdeburger Volksstimme und Kommunalpolitikern aus der Magdeburger Börde diskutierten die fleißigen „Strampler“ auf zahlreichen Veranstaltungen am Rande der Wegstrecke. Besonders augenfällig: Mit wachsender Entfernung zum ehemaligen Eisernen Vorhang wuchs auch die Unwissenheit über die tatsächliche Situation in den neuen Bundesländern.

Meinungsumfragen belegen, daß nur jeder dritte Westdeutsche bisher die Gelegenheit genutzt hat, um die neuen Bundesländer persönlich kennenzulernen. Ein Umstand für Hartmut Büttner und seine Mitstrampler, besonders die Lehrer aufzufordern, bei Planung ihrer Klassenfahrten stärker als bisher Ziele in den neuen Ländern aufzunehmen.

Als Fazit der Diskussionsrunden, Pressegespräche, Informationsveranstaltungen und lockeren Begegnungen konnte Hartmut Büttner feststellen, daß es durch die unkonventionelle Aktion offensichtlich gelungen ist, die gegenseitige Akzeptanz zu erhöhen und Interesse für die Lage in den östlichen Bundesländern zu wecken.

Angefahren wurden auch zehn Partnerstädte und -gemeinden in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Diese Kommunen unterhalten Partnerschaft zu Gemeinden in der Magdeburger Börde. Einige Beziehungen waren nach anfängli-

cher Euphorie sanft eingeschlafen. Auch hier gelang es, den Partnerschaften neue Impulse zu geben.

So fanden sich Delegationen aus der Magdeburger Börde in der Partnerstadt Rüthen (NRW) ein, um die Radler zu begrüßen. In Burgdorf gab es gar einen kleinen Jahrmarkt. Neben dem Bürgermeister und Vertretern der Verwaltung der Stadt Calbe/Saale stellten mittelständische Firmen regionale Spezialitäten vor und gaben Künstlern aus der Partnerstadt dem Jahrmarkt einen fröhlichen Rahmen. Geradelt wurde auf Fahrrädern aus Sachsen-Anhalt.

Büttner wollte damit demonstrieren, daß Produkte aus den neuen Ländern auch im Westen ihren Markt finden sollten. Die

Hartmut Büttner radelt 628 km von Bonn nach Schönebeck: „Hat mehr gebracht als meine bisherigen 15 Bundestagsreden.“

Arbeitsteilung „Produktion im Westen und Konsum im Osten“ könne auf Dauer nicht gutgehen.

Deshalb warb der MdB auch fleißig für sachsen-anhaltinische Waren, stets hinzu-fügend, nicht mit den entsprechenden Firmen in verwandtschaftlichen oder geschäftlichen Beziehungen zu stehen.

Von rund 400 Menschen mit einem Volksfest und Blaskapellen in Wanleben und Schönebeck empfangen, zog Hartmut Büttner sein Fazit: „Diese Tour hat mehr für die Anliegen der Menschen in den neuen Ländern gebracht als meine bisherigen 15 Bundestagsreden.“ ■

Aufbruchstimmung bei der Weser-CDU

Als „lebensgefährlich“ hat der Bremer CDU-Landeschef Bernd Neumann die Möglichkeit einer rot-grünen Bundesregierung nach den Bundestagswahlen im Herbst 1994 eingestuft.

Die „regierungsunfähige SPD“ und die Grünen würden die Republik nicht weiterbringen, meinte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesforschungsministerium vor über 250 Delegierten und Gästen beim 82. ordentlichen CDU-Landesparteitag am 8. Mai in Bremen.

„Die Wahrheit hat Engholm eingeholt. Sie wird auch Wedemeier einholen“, sagte der CDU-Landeschef mit Blick auf den Untersuchungsausschuß „Stadwerke“, der derzeit die Verstrickung führender SPD-Funktionäre in eine Spenden- und Stromaffäre aufdeckt, voraus. Der Ansehensverlust des Bremer Regierungschefs sei unübersehbar. Der von diesem geführte Senat erweise sich als handlungsunfähig.

Die Bremer SPD sei längst zum Spielball zwischen FDP und Grünen innerhalb der Ampel-Regierung geworden.

Ganz anders stelle sich die Bremer CDU dar. Diese sei die Partei in der Weser-Metropole, die mit Abstand die größten Aktivitäten von allen Parteien in Bremen entfalte. Der traditionelle Neujahrsempfang zähle mittlerweile zu den größten seiner Art in Deutschland. Bundesweit Maßstäbe habe die Bremer CDU mit Aktionen wie „Schnuppermitgliedschaft“ und „Politik weiblich“ gesetzt.

Massive Kritik an der Bremer Ampel-Koalition übte auch der Vizepräsident der Bremischen Bürgerschaft Ulrich Nölle vor den Delegierten im neuen Congreß-Centrum Bremen (CCB). Dort richtete die CDU als erste Partei einen Lan-

desparteitag aus. Der Ampel-Senat sei nicht in der Lage, die von Bund und Ländern gestellten Bedingungen bei der Sanierung des Landes zu erfüllen. Bremens Selbständigkeit bleibe weiter gefährdet.

Seinen Vorwurf begründete der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende unter Verweis auf die Nichteinhaltung von Ausgabenbegrenzungen bei den Haushalten sowie die schlechte Position Bremens im Vergleich zu allen Bundesländern beim Wirtschaftswachstum. Bei wichtigen Themen, die das Sanierungsprogramm direkt betreffen, sei der Ampel-Senat entscheidungsunfähig.

Nicht gegen die CDU

Zum Abschluß machte Ulrich Nölle seinen Parteifreunden Mut: „Wenn wir wollen, werden wir beim nächsten Mal größte Partei in Bremen und dann wird man gegen die CDU nicht mehr regieren können. Wenn wir wollen, werden wir unter unserer Führung eine Regierung bilden, die Bremen aus dem jahrzehntelangen desolaten Zustand herausführen kann.“

Die Notwendigkeit eines neuen Grundgesetzprogrammes für die Gesamtpartei betonte der Vorsitzende der CDU-Programmkommission und Parlamentarische Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister, Dr. Reinhard Göhner.

Zudem forderten die Delegierten eine Verfassungsänderung, um Bundeswehreinräte auch außerhalb des NATO-Geltungsbereiches zu ermöglichen, sowie die Vorlage eines Gesetzentwurfes für eine gesetzliche Pflegeversicherung bis zum Beginn der parlamentarischen Sommerpause.

Helmut Gutbier erneut Vorsitzender der Senioren Union Thüringen

Helmut Gutbier aus dem Eichsfeld ist auf der 2. Landesdelegiertenkonferenz der Senioren Union Thüringen erneut zum Landesvorsitzenden gewählt worden. Als Stellvertreter stehen ihm zukünftig Rudi Hoffmann/Neuhaus und Erich Tham/Eichsfeld zur Seite.

Der Landesdelegiertentag der Senioren Union Thüringen fordert eine Veränderung der allgemeinen Vorstellungen über das Älterwerden. Die Senioren wollen in der heutigen Zeit den letzten Lebensabschnitt aktiv mitgestalten. Deshalb wollen sie ihren Beitrag zur Gestaltung der Zukunft leisten. Alt und Jung müssen nach Ansicht der Senioren Union gemeinsam die vor uns liegenden Probleme angehen.

Für die jungen Bundesländer begrüßte

Helmut Gutbier die Rentenerhöhung zum 1. Juli 1993. Damit würde ein weiterer Schritt zur Anpassung der Renten der Ostrentner an die Westrenten geleistet. Gleichzeitig wiederholte die Senioren Union Thüringen noch einmal ihren Vorschlag, die Renten der über 70jährigen Mitbürger im Osten denen der Westrentner in der Höhe gleichzustellen.

Gerade diese Generation sei im Osten vom SED-Regime um den Lohn ihrer Lebensleistung gebracht worden. Aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters habe sie jedoch nicht mehr die Zeit, auf die vollständige Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West zu warten. Deshalb sei es nur gerecht, wenn die betroffenen Menschen schnellstmöglich ihre Rente auf West-Niveau erhielten.

Faire Marktchancen für Ostprodukte

Mit Erleichterung hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Entscheidung des jüngsten EG-Ministerrates über bessere EG-Markt-zugangsbedingungen für Staaten Mittel- und Osteuropas zur Kenntnis genommen.

Peter Kittelmann, europapolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Wir begrüßen die grundsätzliche Bereitschaft der EG für eine stärkere Handelsöffnung und für weitere Konzessionen, insbesondere durch Senkung der Einfuhrzölle, die Anhebung der Kontingente für gewerbliche Erzeugnisse und den schnelleren Abbau von Zöllen auch für landwirt-

schaftliche Produkte und bei Stahl. Es muß immer wieder daran erinnert werden, daß sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft verpflichtet haben, die Länder Mittel- und Osteuropas positiv zu begleiten und den Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft tatkräftig und hilfreich zu unterstützen, was schließlich auch im eigenen Interesse des Westens liegen muß. Angesichts der zu Fragen der EG-Marktöffnung eher zögernden Haltung Portugals, Spaniens und Frankreichs sollte daran erinnert werden, daß auch diese Länder ihren Wohlstand und ihren wirtschaftlichen Aufstieg gerade dem liberalen Handel verdanken.

Positive Bilanz für den Aufbau Ost

Zur „Leistungsbilanz der Bundesregierung für die neuen Bundesländer“ erklärte der Vorsitzende der Kommission Wiederaufbau neue Bundesländer und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Nitsch:

Die von der Bundesregierung vorgelegte Bilanz der Finanztransfers und der staatlichen Maßnahmen für Ostdeutschland vermittelt ein differenziertes Bild der Leistungen der westdeutschen Steuer- und Beitragszahler sowie der öffentlichen Verwaltung für den Aufbau Ost. Sie belegt damit auch in überzeugender Weise, zu welchen solidarischen Anstrengungen eine freie Gesellschaft im Rahmen der Leistungskraft und Dynamik ihrer marktwirtschaftlichen Ordnung fähig ist.

Die ostdeutschen Bürger tragen in ihrer großen Mehrheit diesen Aufbauprozess mit Anerkennung für die Leistungen des Westens, mit Anpassungs- und Umstellungsbereitschaft und — auch das sei nicht vergessen — erheblichen eigenen Lasten. Niemand zweifelt ernsthaft daran, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Unser Land wächst zusammen, wenn auch nicht problemlos. Die Erfolge sind für jedermann sichtbar, wenn auch noch viele Aufgaben gelöst werden müssen.

Für die Abgeordneten aus den neuen Bundesländern ist diese Leistungsbilanz auch eine Dokumentation ihrer politischen Arbeit für den Aufbau Ost im Zusammenwirken mit ihren Kollegen der alten Bundesländer. Zu erinnern ist z. B. an entscheidende Verbesserungen der Investitionsförderung, an Maßnahmen für Existenzgründungen und für den ostdeutschen Mittelstand, an wohnungsbau-

politische Initiativen, an die Altschuldenregelung, an besondere sozialpolitische Maßnahmen, an die Erhaltung der kulturellen Substanz usw.

Das Papier weist auch aus, wo in Zukunft noch besondere politische Anstrengungen notwendig sind. Zu erinnern ist hier vor allem an die Arbeit der Treuhandanstalt, an die Sicherung industrieller Standorte unter schwierigen Bedingungen, an die Verbesserung des Absatzes ostdeutscher Produkte und die Auftragsvergabe der öffentlichen Hände.

Dem aufmerksamen Leser gibt dieses Zahlenwerk auch einen Einblick in die tiefen strukturellen Einschnitte, die in Wirtschaft und Gesellschaft der ehemali-

Wir sind auf dem richtigen Weg: Unser Land wächst zusammen.

gen DDR notwendig waren. Hier ist vor allem der gewaltige Umstrukturierungsprozeß der ostdeutschen Landwirtschaft hervorzuheben. Zu Recht hebt die Bilanz hervor, daß das Ausmaß der strukturellen Veränderungen in den letzten beiden Jahren ohne Beispiel ist. Zu ergänzen ist, daß sie von den Menschen eine hohe Bereitschaft zum tagtäglichen Lernen im Beruf und persönlichen Bereich erfordert.

Verständlicherweise stehen bei einer solchen Bilanz die in Zahlen gegossenen Anstrengungen und politischen Arbeiten im Vordergrund. Deswegen sei daran erinnert, daß sowohl die Tiefe dieses gewaltigen Umbruchs wie die Belastungen für die Menschen im Osten wie im Westen untrennbar mit den schweren Hinterlassenschaften eines ökonomischen Raubbaus, einer kommunistischen Diktatur und der Zerstörung aller unternehmerischen Kräfte verbunden sind. Auch das gehört zur Bilanz des Aufbaus Ost.

Aktionsbeispiele aus den CDU-Verbänden

„Nachgefragt...“ – Eine neue Form des Dialogs mit den Bürgern

Der Fachausschuß „Europapolitik“ des rheinland-pfälzischen CDU-Landesverbandes hat eine neue Form des Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt.

Mit der Hilfe eines Fragebogens mit dem Titel „Nachgefragt... die CDU will wissen, was die Bürger über Europa denken“ soll jedem Kreis- bzw. Ortsverband oder auch den vorhandenen Europa-Arbeitskreisen die Möglichkeit gegeben werden, die speziellen Wünsche der Bürger ihrer Region zum Thema Europa zu erfragen.

Mit dem Fragebogen läßt sich herausfinden, wo dem Bürger der „europäische Schuh“ drückt. Über welche Bereiche der Europapolitik möchte er mehr Informationen? Welche europäischen Fragen beschäftigen ihn am meisten? Was findet er gut an der europäischen Einigung, und was ärgert ihn?

Die Ergebnisse dieser Befragung, die leicht und schnell durchgeführt werden kann, lassen sich dann in konkrete Aktionen und Veranstaltungen umsetzen. Die Befragungs-Aktion läßt sich natürlich sehr presserwirksam durchführen und kann zum Beispiel auch mit einem Informationsstand der CDU zu Europa in der Fußgängerzone verbunden werden. Die CDU-Verbände erhalten mit dem Umfrageergebnis eine gute Grundlage zur Vorbereitung des Europa-Wahlkampfes.

Die Aktion vermittelt auch — und das ist ein weiterer wichtiger Effekt — den Bürgern das Gefühl, daß die CDU sie ernst nimmt und ein besonderes Interesse an ihrer Meinung hat. Wer Interesse an dem Fragebogen hat, kann ihn anfordern bei:

**CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz
Manfred Beeres
Rheinallee 1 a-d, 6500 Mainz 1.**

RCDS zur CDU-Grundsatzprogramm-Diskussion

„An dem Ziel eines europäischen Bundesstaats muß festgehalten werden“, forderte die Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Tamara Zieschang, im Hinblick auf die Diskussion über ein neues CDU-Grundsatzprogramm.

Der Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogrammes enthalte nur die Aussage, daß die Vollendung der europäischen Union nicht die Aufgabe der

Nationalstaaten bedeute. Die junge Generation sage mit großer Mehrheit ja zu Europa und zum europäischen Integrationsprozeß. Gleichzeitig erwarte sie Antworten auf die Frage, wie ein zukünftiges Europa gestaltet sein solle. Auf die Sorgen der jungen Menschen eingehen, das bedeutete für das CDU-Grundsatzprogramm, das Ziel einer bundesstaatlich organisierten Union europäischer Staaten festzuschreiben.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

CDU-Glücksrad wieder vorrätig



Das CDU-Glücksrad ist immer ein besonderer Anziehungspunkt bei Ihrer Veranstaltung, mit dem Sie sofort die Aufmerksamkeit der Besucher auf den CDU-Stand lenken können. Die Gesamthöhe beträgt ca. 1,70 m, der Raddurchmesser ca. 1,30 m, der Preis 295,— DM zzgl. MwSt. und Versand. Bestellungen bitte schriftlich an: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Information, Herrn Geiser, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, oder per Fax: (0228) 544-372.

UiD

17/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe, Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.